

Das Einwohnermeldeamt – Die Titanic in der Stadt

15.03.2023 - Seit vielen Jahren ist das Einwohnermeldeamt eine der problematischsten Dienststellen der Stadt. Die Ineffizienz und das schlechte Funktionieren der städtischen Ämter bei der Bearbeitung und Prüfung von Dokumenten führen immer wieder dazu, dass der italienischen



*Wohnsitz ist ein Recht, Demonstration
in Palermo am 14.03.2023*

und ausländischen Bevölkerung Palermos wichtige Rechte vorenthalten werden, wir werden uns in diesem Artikel vor allem auf letztere konzentrieren.

Die Anmeldung des Wohnsitzes im Melderegister ist eine grundlegende Voraussetzung für die Feststellung der Anwesenheit im italienischen Hoheitsgebiet und beinhaltet die Eintragung der Antragsteller*innen bei der Gemeinde, in der sie wohnen. Sie erleichtert zahlreiche Verwaltungsformalitäten wie z.B. die Ausstellung eines Führerscheins oder die Anmeldung beim nationalen Gesundheitsdienst und ist für die Beantragung der Familienzusammenführung und

der langfristigen Aufenthaltsgenehmigung in die EU unerlässlich. Auch für die Beantragung der italienischen Staatsbürgerschaft und für den Zugang zu öffentlichen Sozialwohnungen ist sie nötig. Ohne Eintragung beim Einwohnermeldeamt hat man keinen Zugang zu den meisten sozialen Unterstützungsmaßnahmen (z. B. Bürgergeld oder Geburtsbeihilfe), zu Bildungseinrichtungen (z. B. Kindergarten), zur Ausstellung eines Personalausweises (und damit zur SPID)¹ und zu Wahlen.

Im Allgemeinen kann es für manche Menschen besonders kompliziert sein, eine Erstregistrierung in einer italienischen Gemeinde zu erhalten, so z.B. für Menschen, die sozial ausgegrenzt sind und/oder die (noch) keinen festen Platz gefunden haben, an dem sie leben können und wollen.

Die Kriterien für die Beantragung der Anerkennung in der Gemeinde sind: der Nachweis der Regelmäßigkeit des Aufenthalts in dem Gebiet durch eine Aufenthaltsgenehmigung, ein Ausweisdokument - wenn man im Besitz eines solchen ist, eine Steuernummer, die "Wohnsitzbescheinigung", d. h. der Nachweis, dass man schon irgendwo einen festen, regelmäßigen Wohnsitz hat, der beim Finanzamt (Agenzia delle Entrate) registriert ist, oder der Nachweis einer Eigentumswohnung.

Seit einigen Jahren hat sich in Palermo, das von einer neuen und unaufhaltsamen Welle des Tourismus überrollt wird, die Wohnsituation und die Anzahl sowie die Verfügbarkeit von Mietwohnungen für alle hier ansässigen Personen verändert. Wenn sich doch eine Wohnung findet, wird der reguläre Mietvertrag allzu oft Menschen mit geringen wirtschaftlichen Ressourcen, Menschen mit Migrationshintergrund, kinderreichen Familien und sogar Arbeitnehmer*innen, die sich nur vorübergehend in der Stadt aufhalten, verweigert. Viele der Menschen, die sich an unsere Beratungsstelle wenden, fallen in mehrere der oben genannten Kategorien: Sie sind erst vor kurzem in Italien angekommen, verfügen über ein sehr geringes Einkommen und wenig Sicherheiten und/oder sind Saisonarbeiter*innen. Die Situation wird noch komplizierter, wenn es sich um Beschäftigte handelt, die keinen regulären Vertrag für ihr Einkommen vorweisen und daher keine Steuererklärung machen können. Sie können zudem nicht in den Indikatoren des ISEE²

¹ Sistema Pubblico di Identità Digitale -- Öffentliches digitales Identitätssystem

² ISEE (Indicatore Situazione Economica Equivalente) ist der Indikator, der verwendet wird, um die wirtschaftliche Situation von Haushalten, die subventionierte Sozialleistungen beantragen wollen, zu bewerten und zu vergleichen. Für weitere Informationen, siehe <https://www.lavoro.gov.it/strumenti-e-servizi/ISEE/Pagine/default.aspx>

erfasst werden. Auf nationaler Ebene ist die Meldepflicht sogar noch wichtiger geworden, da sie eine Voraussetzung für die Beantragung des sogenannten "Bürgergeldes" ist, einer sozialstaatlichen Maßnahme zur wirtschaftlichen Unterstützung, die 2018 von der Regierung Conte I auf europäischen Druck hin eingeführt wurde. Die Maßnahme wurde mit dem Ziel formuliert, einen Weg zur Wiederbeschäftigung und sozialen Eingliederung zu ebnen - ähnlich dem "Workfare"-Modell³ -, aber im Wesentlichen handelt es sich dabei auch um eine nicht unerhebliche wirtschaftliche Unterstützung in Höhe von rund 700 Euro pro Monat, deren Empfänger*innen Menschen mit geringem oder ohne Einkommen sowie arbeitslos Gemeldete sind. Die Maßnahme erwies sich jedoch bereits bei ihrer Einführung als kritisch und oft ausgrenzend: italienische Staatsbürger*innen erhalten nur Zugang zu der Unterstützung, wenn sie zwei Jahre lang ununterbrochen bei einem Einwohnermeldeamt gemeldet waren, für Nicht-EU-Bürger*innen gelten sogar zehn Jahre ununterbrochener Aufenthalt⁴. Wenn wir das im Kontext von Palermo betrachten, so zeigt sich, dass sich der Zugang zu möglichen Sozialleistungen immer mehr verzögert, je länger die Anmeldung im Einwohnermeldeamt behindert wird. Das schlechte Funktionieren des Einwohnermeldeamtes zeigt sich auch vor allem in der Praxis. In Palermo dauert es oft Monate und manchmal sogar Jahre, um eine Eintragung in die entsprechenden Register und eine Wohnsitzbescheinigung zu erhalten - anstatt zwei Tage, wie in den Vorschriften des Innenministeriums vorgesehen. Diese Situation betrifft alle Menschen im Stadtgebiet von Palermo, insbesondere aber Nicht-EU-Bürger*innen, die bereits Zielscheibe von diskriminierenden, meist zweifelhaften und nicht zu rechtfertigenden Praktiken und Gesetzen sind. Insbesondere für die ausländische Bevölkerung gibt es nur einen einzigen Schalter für die Erledigung von Formalitäten im Haupt-Einwohnermeldeamt in der Viale Lazio. In den anderen dezentralen Ämtern gibt es keine Schalter, die diese Dienstleistungen anbieten. Außerdem kann es vorkommen, und das ist leider nur allzu oft der Fall, dass es nur sehr wenige zuständige Sachbearbeiter*innen gibt. Meist spricht keine*r von ihnen die entsprechenden Fremd- oder wenigstens die allgemeinen Verkehrssprachen und es ist daher für die Betroffenen sehr schwierig, die eigenen zu erledigenden Vorgänge voranzutreiben und die Situation überhaupt zu verstehen.



Demonstrantin, Palermo 14.03.2023

Seit Jahren prangern Gewerkschaften und Verbände die schwerwiegenden Unzulänglichkeiten an, aber es scheint immer deutlicher zu werden, dass nur der politische Wille fehlt, Verantwortung zu übernehmen und einen Verwaltungsrahmen zu schaffen, in dem die Grundversorgung immer und für alle Menschen gewährleistet ist. Mit der neuen rechtsgerichteten Kommunalverwaltung, die nach den Wahlen im Sommer 2022 eingesetzt wurde, nehmen die kritischen Aspekte weiter zu. War es in den vergangenen Jahren schwierig, einen Termin für die Anmeldung beim Einwohnermeldeamt zu vereinbaren, so ist es jetzt praktisch unmöglich. Die Gemeindeämter sind oft geschlossen, es gibt keine Online-Dienste, um Anmeldungen vorzunehmen, so dass man sehr früh am Morgen persönlich zum Amt gehen, sich in die Schlange stellen und versuchen - und hoffen - muss, seine Akte oder seinen Antrag abzugeben, bevor das Amt wieder schließt. Wenn

³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Workfare>

⁴ Es gab mehrere Einsprüche bei Gerichten, aber die Rechtsprechung hat diese Maßnahme als nicht-diskriminierend bestätigt, indem sie an ihrem Wortlaut festhielt, der auf die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und nicht auf soziale Unterstützung abzielt. Für weitere Informationen siehe <https://www.asgi.it/tag/reddito-di-cittadinanza/>.

man es mit etwas Glück schafft, einen Termin zu vereinbaren und den Antrag registrieren zu lassen, ist es jedoch meist nur mit der Unterstützung von Anwalt*innen, die vor Gericht einen Einspruch einlegen und die Situation durch "stillschweigende Zustimmung" lösen können, möglich, die Meldungsbescheinigung auch wirklich zu erhalten. Die Lage ist sehr ernst und verschärft sich immer weiter. Einfach ist bei solchen Vorgängen und Anträgen schon lange nichts mehr. Was bürokratische Alltäglichkeit sein sollte hat sich zum Außergewöhnlichen entwickelt, mit oft machiavellistischen Untertönen. Nach zahllosen Anträgen, Appellen im Gerichtssaal und Treffen mit der Präfektur hat eine Gemeinschaft aus Einzelpersonen, Vereinen und Gewerkschaften für den 14. März 2023 in Palermo zu einer Protestdemonstration aufgerufen, um konkrete Maßnahmen und klare Antworten von der Verwaltung zu fordern.

Abschließend möchten wir einige Beispiele von Geschichten und Menschen erzählen, die wir in der Beratungsstelle kennengelernt und unterstützt haben, um zu zeigen, welche konkreten Auswirkungen dieser behördlichen und politischen Verstöße auf die Betroffenen haben.

- J. ist nigerianische Staatsbürgerin und lebt seit sieben Jahren in Italien. Unmittelbar nach ihrer Ankunft lebte sie in einem Aufnahmезentrum für Asylsuchende, zunächst allein und dann mit ihrer neugeborenen Tochter. Ihr wurde subsidiärer Schutz gewährt, und es gelang ihr, ein Zimmer ohne einen Vertrag zu mieten, in dem sie leben konnte. Sie verrichtete kleine Arbeiten, um sich und ihre Tochter zu ernähren. Nach einiger Zeit fand sie schließlich einen Vermieter, der bereit war, ihr einen regulären Mietvertrag zu geben. Leider konnte sie über die schlecht funktionierende Website des Einwohnermeldeamtes keinen Termin vereinbaren und versuchte vergeblich, das Amt persönlich aufzusuchen. Ohne eine Wohnsitzmeldung beim Einwohnermeldeamt konnte sie weder die Geburtsbeihilfe noch den "Staatsbonus" zur finanziellen Unterstützung beantragen, und sie konnte ihre Tochter auch nicht in einer Kindertagesstätte anmelden. Sie war es müde zu kämpfen und fand eine Lösung: Sie wechselte die Stadt. Aufgrund des Einwohnermeldeamtes von Palermo musste sie faktisch ihr Zuhause und ihre soziale Gemeinde verlassen. Sie lebt jetzt in Monreale, einer kleinen Stadt nur wenige Kilometer von Palermo entfernt, in der sie sich in nur zwei Monaten registrieren lassen konnte.

- B. ist ein junger gambischer Staatsbürger. Er arbeitet als Hilfs- und Fabrikarbeiter an verschiedenen Orten im Westen Siziliens. Er pendelt hauptsächlich zwischen Palermo, Partinico und Campobello di Mazara. Seine Arbeit hängt von der Jahreszeit, der Nachfrage und der Verfügbarkeit ab. Seit fünf Jahren lebt er in dieser "mobilen", aber nicht völlig prekären Situation. Wo auch immer er hinget, gelingt es ihm, eine Saisonarbeit zu bekommen, auch mit regulären Verträgen und mit von den Vermietern unterschriebenen Beherbergungserklärungen. Er würde gerne den Beruf wechseln und sich auf etwas Stabileres spezialisieren. Er hat eine von der Region finanzierte Fortbildung gefunden, aber um daran teilnehmen zu können, muss er nachweisen, dass er als Einwohner gemeldet ist...



Demonstrantin, Palermo 14.03.2023

Arci Porco Rosso, Palermo